

ZBB 2007, 202

BGB § 826

Zu den Anforderungen an den Nachweis des Kausalzusammenhangs zwischen fehlerhafter Ad-hoc-Publizität und Anlageentscheidung im Rahmen der Haftung gemäß § 826 BGB

BGH, Beschl. v. 15.02.2006 – II ZR 246/04 (OLG Nürnberg), ZIP 2007, 679

Leitsätze:

1. Im Rahmen der Informationsdeliktshaftung gemäß § 826 BGB muss der Nachweis des Kausalzusammenhangs zwischen einer fehlerhaften Ad-hoc-Mitteilung und der individuellen Anlageentscheidung auch dann geführt werden, wenn die Kapitalmarktinformation extrem unseriös gewesen ist. Ein Anknüpfen an das enttäuschte Anlegervertrauen in die Integrität der Marktpreisbildung – in Anlehnung an die *fraud-on-the-market-theory* des US-amerikanischen Kapitalmarktrechts – unter Verzicht auf den Nachweis der konkreten (haftungsbegründenden) Kausalität kommt nicht in Betracht.
2. Auf Darlegungen zur haftungsbegründenden Kausalität kann auch bei der Geltendmachung eines Differenzschadensersatzanspruchs nicht verzichtet werden.